



# Rainer Arnold

Mitglied des Bundestages  
Verteidigungspolitischer Sprecher  
der SPD-Bundestagsfraktion

## Eine Veteranenpolitik für die Bundeswehr?

Verteidigungsminister Thomas de Maizière plant eine Politik speziell für Veteranen. Dies hat in der Bundesrepublik jedoch keine Tradition und würde an dunkle Zeiten erinnern. Stattdessen müssen wir die tatsächlichen Anliegen der Soldatinnen und Soldaten erkennen und in einem breiten Diskurs nach Lösungen suchen.

Die Bundeswehr ist ein Teil unserer Gesellschaft und muss somit auch im sozialen Leben der Bundesrepublik eine Rolle spielen – das ist ohne Frage richtig und wichtig. Unser Land hat große Verantwortung in der Welt und muss diese auch zukünftig wahrnehmen, was durch den Einsatz unserer Soldatinnen und Soldaten gewährleistet wird. Deren Interessen, nämlich Anerkennung und Würdigung ihrer Verdienste und Einsätze in der Bevölkerung, sowie soziale Absicherung für sich selbst und ihre Angehörigen, sind die zentralen Anliegen, um die wir uns kümmern müssen.

Einen Veteranenkult einzuführen widerspricht jedoch dem Wesen der Bundeswehr und kann allenfalls als konservative Symbolpolitik angesehen werden, die vom Verteidigungsministerium den Streitkräften übergeworfen wird. Die Verklärung, die vor 1945 um die Kriegsheimkehrer und die gefallenen Soldaten betrieben wurde, hat in unserem heutigen Verständnis der Bundeswehr keinen Platz. Ebenso wenig wünscht die Gesellschaft eine breite Diskussion über dieses Thema, da sie richtig erkennt, dass das tatsächliche Problem an anderer Ort und Stelle verortet ist.

Das Problem beginnt schon damit, dass nicht klar ist, wer zu den Veteranen zählen würde und wer nicht. Der Begriff findet heutzutage keine Verwendung in unserer Sprache und das hat seine historischen Gründe. Das Bild, das man in Deutschland nach den beiden Weltkriegen von den Kriegsheimkehrern bekam, war das von verwundeten und gebrochenen Männern. Im ersten Weltkrieg wurden sie Opfer der kaiserlichen Großmachtswünsche und im zweiten durch die Ideologie der Nazis geblendet und missbraucht, wobei manche selber Täter waren.

Sollten wir uns heute an den Vereinigten Staaten orientieren, in denen alle, die bei den Streitkräften Dienst getan haben, zu den Veteranen gehören oder beschränken wir diese Gruppe ausschließlich auf diejenigen Soldatinnen und Soldaten, die einen Auslandseinsatz geleistet haben?

Das letztgenannte Modell würde den Forderungen des *Bundes deutscher Veteranen* entsprechen und im Einklang mit den Plänen des Verteidigungsministers stehen, der eine Spaltung der gedienten Soldatinnen und Soldaten in Veteranen und Nicht-Veteranen bis vor kurzem noch ablehnte, inzwischen aber auf die Meinung des *Bundes deutscher Veteranen* eingeschwenkt ist.

Die Ideen des Ministers sind undurchdacht. Wenn sogar das *Sozialwissenschaftliche Institut der Bundeswehr* in einer Studie anmahnt, dass der Begriff Veteran mit antiquierten Vorstellungen verbunden wird, „die mit dem Bild einer modernen Bundes-



## Rainer Arnold MdB

wehr kaum in Einklang zu bringen sind“, dann kann man hieraus nur auf Desinteresse oder Ignoranz des Ministers schließen, wenn dieser an seinen Vorhaben festhält. Die Einführung eines Veteranentags oder die Eröffnung von Veteranenheimen und die somit erfolgende künstliche Konstruktion der Romantisierung und Heroisierung des Soldatendaseins sind allesamt fehlführend.

Wir können ganz im Gegenteil sehr stolz darauf sein, dass wir einen sehr rationalen Umgang mit der Bundeswehr pflegen und die Soldatinnen und Soldaten in unserer Gesellschaft mit Respekt und auf Augenhöhe wahrgenommen werden. Der Begriff des „Staatsbürgers in Uniform“, den der damals wehrpolitische Berater der SPD Friedrich Beermann 1952 prägte, ist nach wie vor das dominierende Leitbild der Bundeswehr. Dies ist das Fundament, auf dem wir aufbauen müssen.

Ich bin davon überzeugt, dass wir unsere Kräfte dahingehend mobilisieren sollten, dass die Bundeswehr -und damit alle Soldatinnen und Soldaten- noch mehr in die Mitte der Gesellschaft rücken und dass ihre Verdienste für ein friedliches Miteinander in der Welt mehr in der Öffentlichkeit wahrgenommen und geschätzt werden. Solch eine Entwicklung können wir nicht durch eine Veteranenpolitik künstlich schaffen, so wie es Minister de Maizière versucht, aber wir können Diskussionen anstoßen und begleiten.

Ebenso müssen wir uns darum bemühen, dass die Nachbereitung der Einsätze, besonders für die traumatisierten und verwundeten Soldatinnen und Soldaten, weiter verbessert und intensiviert werden. Niemand darf sich nach der Rückkehr aus einem Einsatz allein oder zurückgelassen fühlen!

Der Hauptgrund, der in den Vereinigten Staaten der Veteranenpolitik zugrunde liegt, ist die mangelnde soziale Absicherung der dortigen Armeee Angehörigen. In Deutschland ist eine solche Absicherung für unsere Soldatinnen und Soldaten -aber auch für ihre Angehörigen- gewährleistet.

Wir müssen Veteranenpolitik als das ansehen, was es ist: Ein eingestaubtes Relikt aus der Zeit vor 1945, das jetzt abgestaubt und durch den Verteidigungsminister neu aufgelegt werden soll.

Was wir brauchen ist eine zeitgemäße Antwort auf die Probleme und Sorgen unserer Streitkräfte und diese Antwort liegt in der intensiven und dauerhaften Betreuung der Soldatinnen und Soldaten und einem öffentlichen Diskurs, der die Bundeswehr als integralen Teil unserer Gesellschaft behandelt und diese Position im Bewusstsein der Bürgerinnen und Bürgern verankert.